

Erinnern ist ein schmerzlicher Prozess

„1945“ – um dieses Schlüsseljahr der deutschen und damit auch der lokalen Ulmer Geschichte kreist eine Doppelausstellung des Dokumentationszentrums und des Hauses der Stadtgeschichte. Sie zeigt, wie der demokratische Neubeginn zur Erfolgsgeschichte wurde, die Aufarbeitung und „Bewältigung“ des nationalsozialistischen Mordregimes hingegen zu einem mühevollen und vor allem für die Opfer sehr schmerzhaften Prozess.

Thomas Vogel

30 Prozent der Ulmer, führte der von 1945 bis 1948 amtierende Oberbürgermeister Robert Scholl einmal vor der Militärregierung zur Verteidigung seiner Mitbürger an, seien ja schließlich dem NS-Regime fern gestanden. Die wahre Brisanz gewinnt diese Aussage jedoch im Umkehrschluss. Mehr als zwei Drittel wären ihm demnach – mehr oder weniger – intensiv verbunden gewesen: als Funktionsträger, als aktives oder passives Parteimitglied, als offener oder heimlicher Sympathisant, als Person, die sich bereitwillig in der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ einrichtete und damit ihre Antipathien gegen die Ausgeschlossenen bestärkt und bestätigt sah.

Die Herausforderung bestand darin, die Demokratie gegen einen größeren Teil der mental antidemokratisch geprägten Bevölkerung zu installieren und schließlich mit Leben zu erfüllen. Die Kultur des Gedenkens und des Erinnerns an die NS-Verbrechen betraf dies nicht weniger. Die ersten Schritte wurden ebenfalls „von oben“ verordnet, maßgeblich von der amerikanischen Militärregierung und – unter deren Aufsicht – von den prädemokratischen kommunalen Instanzen, dabei getragen von einem kleinen Kreis aus „unbelasteten Persönlichkeiten“ sowie von den überlebenden Opfern. Der anfängliche Konsens unter den sich so neu formierenden politischen Kräften, gebündelt im Slogan des „Nie wieder“, zerbrach rasch, weil die „Erinnerungspolitik“ in den Ausstrahlungsbereich des Ost-West-Konflikts geriet. Ein rasches Abflauen der „Aufarbeitung“ der NS-Vergangenheit und der justiziellen Sanktionierung der NS-Verbrechen war der



Perspektivwechsel: Ehemalige Zwangsarbeiter schauen Ulmer Zivilisten im Jahr 1945 bei der Trümmerbeseitigung zu. Foto: National Archives

Preis der jungen Demokratie für die Integration des belasteten Teils der Bevölkerung.

Schon in den ersten Nachkriegsjahren sahen sich daher die Opfer vor die Notwendigkeit gestellt, gegen das Vergessen ihrer Schicksale (und der dafür Verantwortlichen) selbst anzugehen. Nach den fragwürdigen Ergebnissen der Aufarbeitung in den Spruchkammerverfahren und der großen Bereitschaft so gut wie aller Bonner Parteien zur großzügigen Amnestierung der zahllosen NS-Gewaltverbrecher und -Straftäter standen sie bald allein auf weiter Flur. Für viele begann ein mühevoller Ringen um wenigstens eine materielle Entschädigung, für Angehörige einiger Opfergruppen sogar eine neue Phase der Diskriminierung.

Ein „KZler“ (gewesen) zu sein, bedeutete über 1945 hinaus einen Makel, zu den Verfolgten zu zählen, war längst noch kein Ausweis dafür, der „besseren Seite“ angehört zu haben. Noch jüngere Deck-Erinnerungen ließen die NS-Zeit im Bewusstsein vieler nach 1945 rasch in den Hintergrund treten: die „Niederlage“, der eigene Kampf ums Überleben, Flucht und Vertreibung, die Besatzungspolitik mit ihrer „Zwangs-Aufklärung“. Mit dem schon bald einsetzenden Kalten Krieg gerieten mit den Kommunisten

gleich auch die kommunistischen NS-Opfer ins Abseits.

Im ehemaligen Ulmer KZ etablierte sich in dieser Zeit eine Gastwirtschaft. Ein sinnfälliger Ausdruck der Verdrängung der lokalen NS-Verfolgungspolitik ist schwerlich vorstellbar. Für Ulm bezeichnet die nun beginnende Phase so etwas wie eine lange „Stunde Null“ des Ausblendens und Verleugnens dieses unbequemen Teils der lokalen Historie. Die allermeisten der Täter konnten im Zuge dieser kollektiven Amnesie an ihre früheren beruflichen Karrieren wieder anknüpfen, Schreibtischtäter ebenso wie Schläger, Profiteure der NS-Ausbeutungspolitik ebenso wie einstige Multiplikatoren der NS-Ideologie. Die Vergangenheit „ruhte“. Aber: Wehrhaft zeigte sich die junge Demokratie gegenüber politisch nach außen in Erscheinung tretenden Wiedergängern des Nazismus sowie gegenüber offen propagiertem Antisemitismus.

Beide Komplexe, die Re-Demokratisierung und der allmähliche, in Schüben sich vollziehende und sehr mühevollen, bis fast in die Gegenwart von starken Widerständen begleitete Ausbau einer „demokratischen Erinnerungskultur“, betreffen unmittelbar das politische Zusammenleben und das Selbstverständnis der Ulmer Stadtgesellschaft und sind

1999 Polizeidirektion Ulm/Do. 24.4.46

Meldebogen auf Grund des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. 3. 1946

Deutlich und lesbar ausfüllen (Druckbuchstaben)! Dieckumrahmtes nicht ausfüllen! Jede Frage ist zu beantworten!

Zuname Ehrhardt Vornamen Rudolf Beruf Teil. Werkmeister

Wohnort Ulm/Do Straße Herrnaffelgasse 1 2/Meier

Geburtsdatum 17.5.99 Geburtsort Dresden Familienstand ledig Verheiratet verwit. gesch.

Wohnorte seit 1933:

a) Stuttgart von Mai 1930 bis 1. Sept. 1944

b) Ulm/Do von 1. Sept. 44 bis jetzt

c) von bis

1.	Waren Sie jemals Angehöriger, Anwärter, Mitglied, Förderndes Mitglied daz.	Ja oder Nein	Höchster Mitgliedsbeitrag monatlich RM	von	bis	Mitglieds-Nr.	Höchster Rang oder höchstes bekleidetes Amt oder Tätigkeit, auch vertretungsweise oder ehrenhalber	von	bis	Klasse oder Teil B
a	NSDAP	ja	3,30	1939	1944	20000	Zellenwächter NSV u. ab 1943 stellv. Zellenw.	1944	1944	II
b	Allg. SS	nein								
c	Waffen-SS	nein								
d	Gestapo	nein								
e	SD (Sicherheitsdienst) der SS*	nein								
f	Geheime Feldpolizei	nein								
g	SA	nein								
h	NSKK (NS-Kraftfahr-Korps)	nein								
i	NSFK (NS-Flieger-Korps)	ja	50	1938	1945		Förderndes Mitglied			III
k	NSF (NS-Frauenschaft)	nein								
l	NSDStB (NS-Studentenbund)	nein								
m	NSDGB (NS-Dozentenbund)	nein								
n	HJ	nein								
o	EdM	nein								

* Es ist jedem freigestellt, hier auch die Zugehörigkeit zu anderen Organisationen nachzuweisen.

2. Gehörten Sie außer Ziffer 1. einer Naziorganisation gem. § 2 Anhang zum Gesetz an?*

a	Bezeichnung	von	bis	Bezeichnung	von	bis
a	NSDAP	1939	1944	Mitglied		
b	Arbeitsgemeinschaft	1939	1944	"		
c	NSV	1939	1944	Zellenwächter	1944	1944

3. Waren Sie Träger von Parteausscheidungen (Parteiorden), Empfänger von Ehrensold oder sonstiger Parteibegünstigungen? Nein Welcher? _____

4. Hatten Sie irgendwann Vorteile durch Ihre Mitgliedschaft bei einer Naziorganisation (z. B. durch Zuschüsse, durch Sonderzuweisungen der Wirtschaftsgruppe, Beförderungen, UK-Stellung u. dgl.)? Nein Welche? _____

5. Machten Sie jemals finanzielle Zuwendungen an die NSDAP oder eine sonstige Naziorganisation? Nein an welche Nur WHW welchen Jahren? _____ insgesamt RM: _____

Quittung Bei der Lebensmittelpasskarte auszuweisen!

Herr Ehrhardt Rudolf geb. am 17. 5. 99

wohnhaft in Ulm/Do Herrnaffelgasse 1 hat heute auf unterzeichneter Dienststelle den Meldebogen abgegeben.

Ulm/Do 23. April 46.

W. Kohnhammer

Die Grundlage der Entnazifizierung: Jeder Ulmer über 18 Jahren musste einen Meldebogen mit 131 Fragen ausfüllen. Bei belastenden Aussagen kam es zur Anklage vor der zuständigen Spruchkammer. Hier der Meldebogen von Rudolf Ehrhardt, dessen Verfahren in der Ausstellung behandelt wird.

eng miteinander verknüpft. Obwohl unterschiedlich große Zeiträume behandelnd, beziehen sich beide Ausstellungen fast spiegelbildlich aufeinander:

Der im Schwörhaus vom 16. Dezember 2014 bis 8. Mai 2015 präsentierte Teil thematisiert unter dem Titel „Demokratischer Neubeginn nach 1945“ die nationalsozialistische Diktatur und die Zerstörung Ulms durch Bombenangriffe sowie insbesondere die Neuentstehung der Demokratie in Ulm nach der Befreiung durch US-Truppen. Der Schwerpunkt liegt auf der Darstellung des spezifisch Ulmer Wegs zu einer demokratischen Stadtgesellschaft. Neben der kommunalen Selbstverwaltung und den Parteien geht es

daher um lokale Einrichtungen und Aktivitäten wie unter anderem das „Amerika-Haus“, die im Geiste der ermordeten Geschwister Hans und Sophie Scholl geführte Volkshochschule, die Hochschule für Gestaltung, die in der Bundesrepublik einmalig gebliebenen Bürgerinnenversammlungen, die auch politisch aktiven überparteilichen Frauenarbeitskreise und die Einbindung der Jugend mittels „Jungbürgerfeiern“ in der Pfizer-Ära.

Der in der KZ-Gedenkstätte Oberer Kuhberg vom 16. November 2014 bis 15. Oktober 2015 gezeigte Ausstellungsteil widmet sich der Auseinandersetzung der Ulmerinnen und Ulmer mit ihrem nationalsozialistischen Erbe von der direkten

Nachkriegszeit bis in die Gegenwart. Ausgangspunkt sind die vielfältigen Erfahrungen, welche einzelne Zeitgenossen mit dem politischen Zusammenbruch des NS-Regimes verbanden und die den bald einsetzenden Umgang mit der jüngsten Vergangenheit prägen sollten. Die Ausstellung thematisiert die Entnazifizierung unter amerikanischer Besatzung und die Situation der Täter und Opfer in der Verdrängungsgesellschaft der 1950er Jahre. Sie zeigt ferner, wie sich aus den ersten Skandalisierungen der gängigen Praktiken durch einen kleinen, aber sehr aktiven und stark politisierten Kreis von Bürgern erste Keile in den gesellschaftlichen Mainstream des „Genug gebüßt“ getrieben werden konnten.

Dabei wird deutlich, dass sich die Übernahme von Verantwortung für das dunkelste Kapitel der Stadtgeschichte über Jahrzehnte nicht nur stark veränderte. Sie musste in weiten Teilen aus der Bürgergesellschaft heraus zudem regelrecht ertrotzt werden, mitunter gegen die vorhandenen politischen Mehrheiten, bedenkt man das Gedenken an die hingerichteten Wehrmachtsdeserteure oder an die verfolgten und bis heute akut diskriminierten Sinti und Roma. Oder an die Anfangsgeschichte des DZOK selbst.

Da sich die offizielle städtische Gedenkpoltik nicht unabhängig vom vorhandenen politischen Raum entfalten konnte (und kann), ist sie weitgehend teil-selektiv, was die Opfergruppen ebenso betrifft wie die spezifische Artikulation und Verbalisierung des Komplexes „Verbrechen und Schuld“. So wurden schon 1945, bei der ersten städtischen Gedenkfeier, die Millionen KZ-Opfer für den Versuch instrumentalisiert, den Schuld-Komplex des Landes etwas abzutragen.

Eine gesunde Skepsis bleibt immer angebracht, wenn das Gedenken in institutionelle Formen „von oben“ übergeht. Es sagt dann oft mehr über diejenigen, die gedenken, aus, als über diejenigen, derer gedacht wird.

Der Katalog zur Ausstellung

Marie-Kristin Hauke, Thomas Vogel:
Erinnern in Ulm. Demokratischer Neubeginn nach 1945 und Auseinandersetzungen um den Nationalsozialismus.
Herausgegeben vom Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg e.V. und dem Stadtarchiv Ulm.
Ulm (Klemm+Oelschläger), 2014, 14,80 €
ISBN 978-3-86281-075-8